



Pressemitteilung

Ansbach, 27.02.2014

Beteiligungsverwaltung: Bis 2012 über 28 Millionen Euro Gewinnabführungen an Thüga AG

Meyer: "Privatisierungspolitik grandios gescheitert - Stadtwerke gehören zurück in Bürgerhand"

Jährlich gehen Ansbach 2,3 Millionen Euro verloren – "Gesamtgesellschaftlicher Verlust"

Die Gewinnabführungen aus Ansbacher Energiegebühren übersteigen bereits zwölf Jahre nach dem Teilverkauf der Stadtwerke an die Thüga AG den damaligen Verkaufspreis in Höhe von 26,5 Millionen DM (13,9 Mio €) um mehr als das Doppelte. Das geht aus einer jetzt erstmals von der Beteiligungsverwaltung der Stadt Ansbach zusammengestellten Gesamtschau für die Jahre 2001 bis 2012 hervor.

Demnach flossen aus den Gewinnen der Stadtwerke seit der Privatisierung insgesamt über 28 Millionen Euro aus Ansbach an die Thüga ab. Dies entspricht einem jährlichen Einnahmeverlust für die öffentliche Hand in Höhe von durchschnittlich gut 2,3 Millionen Euro (*die entsprechende [Tabelle](#) liegt dieser Pressemitteilung bei. Die dort ausgewiesenen Gewinnabführungen sind die 60 Prozent der Stadtwerks-Gewinne, die an die stadteigene Ansbacher Versorgungs- und Verkehrs-Holding [AVVH] fließen. Die restlichen 40 Prozent gehen an die Thüga AG*). Zudem wurde unabhängig vom Gewinn der Stadtwerke eine jährliche Mindestabführung an die Thüga vereinbart, deren Höhe in Geheim-Verträgen festgelegt ist.

Hierzu erklärt der Oberbürgermeisterkandidat der Offenen Linken Ansbach (OLA), Stadtrat Boris-André Meyer: "Die Privatisierung und der Teilverkauf der Stadtwerke bedeuten einen gesamtgesellschaftlichen Verlust für alle Ansbacher. Die Bürger müssen die verlorenen Stadtwerksgewinne teuer mit steigenden Preisen bei Energie, Bussen und Bädern im Querverbund der AVVH bezahlen. Das schnelle Geld aus den Verkaufserlösen ist längst weg, jedes Jahr türmen sich die Gewinnabführungen an die Thüga um Millionen höher auf. Die Privatisierungspolitik ist in grandios gescheitert. Die Stadtwerke gehören zurück in Bürgerhand!"

Meyer verwies auf den bundesweiten Trend, Privatisierungen gesellschaftlichen Eigentums zu stoppen und rückgängig zu machen: "Von Hamburg bis Dinkelsbühl hat die Politik frühere Fehler erkannt und gewinnt die städtischen Energieversorger wieder in öffentliche Hand. Der Mut für solche Zukunftsinvestitionen soll künftig auch in Ansbach möglich sein. Daher sind Rückkaufverhandlungen mit der Thüga das Gebot der Stunde."

Dass durchaus Chancen auf eine Einigung bestehen, macht Meyer unter anderem an der Tatsache fest, dass die Ansbacher Stadtwerke selbst an der Thüga AG beteiligt sind: "Durch die Einlage beim Gesamtkonzern Thüga in Höhe von fünf Millionen Euro (städtischer Anteil: drei Mio €) sind seit 2010 umgerechnet weniger als 0,2% der Ansbacher Stadtwerke rekommunalisiert, dafür hält die Stadt nun umgerechnet winzige Bruchteile der Energieversorger anderer Städte. Mit einer etwas größeren Investitionsbereitschaft im Vergleich zur Thüga-Einlage kann der

komplette verkaufte Anteil der Ansbacher Stadtwerke zurückgewonnen werden. Der Zeitraum der Amortisierung dieser Investition ist angesichts der zusätzlichen Stadtwerks-Gewinne, die in Ansbach verbleiben würden, überschaubar."

Einen weiteren Vorteil neben dem größeren Gestaltungsspielraum der Stadt bei der Daseinsvorsorge infolge einer Rekommunalisierung sieht Meyer auch in einem Mehr an Transparenz: "Zentrale Entscheidungen für die Menschen wie etwa die Festsetzung der Energiegebühren können nach einem Rückkauf wieder öffentlich diskutiert und demokratisch entschieden werden. Mein Ziel für Ansbach ist Mitbestimmung statt Mausehelei", so der OB-Kandidat abschließend.